

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kumbold, Dresden.

Legungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 85,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 2,- M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonpareilzeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die gespaltene Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Dreifachberlegung 2 M.

Nr. 154

Dresden, Mittwoch den 5. Juli 1922

33. Jahrg.

Die Deutschnationalen am Schandpfahl

Das Gericht im sächsischen Landtag — Mächtige Kundgebungen in Dresden und im Reiche

Blutige Zusammenstöße

Ein Gerichtstag war es, der am Dienstag im sächsischen Landtag gegen die Rörder Rathenaus und ihre Hintermänner abgehalten wurde. Auf der Anklagebank saßen die Deutschnationale Volkspartei und ihre Helfer. Und so sehr die Beschuldigten sich auch wehrten, die Anklagen waren so mächtig, der Nachweis des rüchlosen Verbrechens am Volke so unanfechtbar geführt, daß nur ein Urteil mehr oder weniger leidenschaftlich das schändliche Strafgericht beherrschte: Rörderpartei! Ob Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten, ob Demokraten oder Zentrum, sie alle fanden sich in diesem Urteil über die Deutschnationale Volkspartei zusammen und selbst ihr sonst politischer Stuben Nachbar, die Deutsche Volkspartei, rückte hörbar von ihr ab und zog einen reinlichen Trennungsfriß.

Als erster Ankläger trat Genosse Wirth auf. In einer von Leidenschaft getragenen Anklage deckte er das Treiben der nationalistischen Kreise auf, zeigte, wie sie in Wort und Schrift durch Bejudelung und Beschimpfung der Republik und ihrer Führer den Boden für eine Werdkultur geschaffen, aus der dauernd eine Beunruhigung und im Endeffekt die Worte an politisch führenden Persönlichkeiten entstehen mußten. Gerade die gebildeten Kreise seien es, die zu der Verabschämungswürdigen Waffe des Wortes griffen. Woher komme es, daß gerade in den Gymnasien und Hochschulen, für die das Volk die meisten Gelder aufbringe, die geistige Einstellung für diese Taten erzeugt werde? Gründliche Säuberung dieser Stätten. Fort mit dem Schandding Seher! Fort mit reaktionären Beamten in Verwaltung und Justiz! Durchgeführt, was zum Schutze der Republik und einer ruhigen Entwicklung der Wirtschaft erforderlich ist! Das war seine stürmisch begrüßte Rede.

Dann kam die beschuldigte Partei zum Wort. Daß man ihr nicht das wahrhaftige Bekenntnis erwarten konnte, Deutschnationale Staatsauffassung ist eine solche der Herrschaft der Minderheit, der Unterdrückung und Gewalt, ist vollkommen richtig. Immerhin hätte man einigermaßen Bekenntnisse zu machen dürfen. Aber was hier durch den Mund des in immerhin klugen Dr. Beutler zum Ausdruck kam, war doch ein Mangel an Mut, war so etwas jämmerlich Unwahres, das ein einziger Schrei der Empörung durch den Raum hallte. Mit fittlichem Tugendauschlag und ebensolcher Entrüstung verurteilte er die Mordtat, wie jeden Mord, um dann jede Verbindung der Deutschnationalen mit den Rördern und den Rörderorganisationen abzuleugnen.

Wer schließlich kam Herr Beutler selbst zum Bewusstsein, daß er eine verlorene Sache kämpfte, denn nicht nur die stürmischen Zurufe, sondern auch die nachfolgenden Redner bewiesen, wie wenig günstigen Eindruck seine Rede machen konnte. Selbst der Deutsche Volksparteiler Nietzmann merkte, daß sie diese Tat um so mehr verurteilen, je sie die Wirtschaft zerrützte. Mit einem geradezu erdrückenden Material traten dann Müller von der Unabhängigen Partei und der Demokratischen Partei und auch Seydewitz von der Deutschnationalen Partei gegen die Deutschnationalen auf, und das, was der Hg. Klein an Beweismaterial für die Schuld der Deutschnationalen vorbrachte, war so niederträchtig, daß diese Herren immer kleiner wurden und ein Teil von ihnen vorzog, den Saal zu verlassen.

Mit Spannung sah man den Ausführungen des Ministerpräsidenten auf entgegen, der sich mit erdrückender Deutlichkeit auf den Boden der Forderungen der Reichs- und Landesregierung stellte. Er ließ das ganze Haus aufhorchen, als er hervorrief, daß er geglaubt habe, mit Toleranz moralische Erörterungen zu machen, daß diese seine so tief in den Deutschnationalen zu gehen gesehe habe. Was habe die Leute, die mit Weichhörn Politik treiben wollen, offen von sich abzuschnitten? Auch Minister Lipinski brachte gravierendes Material für den Nachweis, daß die Deutschnationale Volkspartei in enger Verbindung mit den Rördern und ihren Organisationen steht, ja, daß führende Personen der Partei an dem Komplott als Mitwisser beteiligt seien. Er betonte besonders, daß die Rörden der Vorbereitungen zur Ermordung Rathenaus auch nach Dresden führten, wo man für solche Dinge recht kurzfristig zu sein scheint. Dieser Hinweis Lipinski sollte für die Dresdner Politik und ihre Vertreter besondere Konsequenzen haben!

Genossen Pöbner, der die Verlogenheit der nationalstischen Agitationsmethode aufdeckte und darlegte, wie durch überhöhten Gehirnen junger Leute die Wahndee geblüht wird, man könne durch Ward an vermeintlichen Schädlingen des Vaterlandes zum nationalen Veldten werden. Eine der Behauptungen, daß die Sozialdemokratie am Verfall der Wirtschaft und am wirtschaftlichen Niedergange schuld sei, geschlagen als sie nach diesen wie Keulenschläge wirkenden Redner, den Lehre Scklmann, vorschickte. Oder haben sie ein, daß hier mit noch Hausnechtsarbeit etwas herrichten könne? Ein stürmisch wiederkehrender Schrei der gesamten

Links: „Nun, mit dem Hausknecht! Wir wollen diesen Mietling nicht hören!“ bedeutete dem Herrn, daß es ratsam sei, abzutreten, was er den auch nach kurzen Anlässen notgebrungen tat.

So endete der Tag mit einer gründlichen Beurteilung der Mordmörder, ein Gericht, bei dem die Sozialdemokratie die Führung in der Hand hatte. Wir geben uns darüber keiner Täuschung hin, daß damit die Schwierigkeiten für die Republik nicht aus der Welt geschaffen sind. Aber die geschworenen Feinde der Republik und ihre berruchten Methoden wurden im sächsischen Landtag endlich einmal nach Gebühr angeprangert. Das ist ein bedeutungsvoller Schritt. Einige mehr als hässliche Wortspielereien des Herrn Dr. Beutler werden wir demnächst an dieser Stelle besonders tief hängen.

Unruhen in Zwickau

Eigene Drahtmeldung

Zwickau, den 4. Juli. Die Demonstration zum Schutze der Republik war diesmal weit größer als die erste anlässlich der Ermordung Rathenaus. Ungefähr 80 000 Menschen nahmen an der Kundgebung teil. Durch verschiedene Provokationen traten gegen Abend Unruhen ein. Die Menge zog vor die Sipsalferne und versuchte, diese zu stürmen. Es kam zu lebhafte Schieberien. Man spricht von 15 Toten und 49 Verwundeten.

Zwickau, 5. Juli. Hier sind anlässlich der gestrigen Unruhen sämtliche Schulen sowie das Rathaus geschlossen. Die Beamten weigern sich, den Dienst zu versehen, und zwar aus dem Grunde, weil ein genügender Schutz nicht gewährleistet werden kann.

Zwickau, 5. Juli. Im Anschluß an die Demonstrationen haben sich gestern Abend in der inneren Stadt und später bis in die Nachstunden hinein vor der Kaserne der Sipo schärfste Straßenkämpfe entwickelt, die leider eine größere Anzahl Opfer gefordert haben. Die Demonstranten, welche das Rathaus gestürmt hatten, um die darin untergebrachte Polizeihauptwache zu entwerfen, hatten sich der darin befindlichen Waffen bemächtigt. Darauf wurde die Sipo eingeseht, um den Marktbesch zu säubern. Dabei fielen die ersten Schüsse. Ein Arbeiter wurde durch einen Schusswurf getötet. Die Arbeiter gaben gleichfalls

Feuer und verwundeten eine Anzahl Volksgenossen, zum Teil schwer. In den späteren Stunden zog die Menge vor die Kaserne, in die sie die Sipo zurückgezogen hatte.

Sie belagerte die Kaserne und forderte die Sipo zur Herausgabe der Waffen auf. Dies wurde verweigert, und es entspann sich eine neue Schieberie, wobei die Demonstranten sehr schwere Verluste erlitten und auch die Sipo Mannschaften wiederum verwundet hatten. Im Stadtfrankenhaus sind 18 Verwundete eingeliefert worden, darunter 10 Arbeiter und 8 Sipoleute. Einige Verwundete befinden sich auch im Krankenhause und im Lazarett. Von der Polizei ist einer in der Nacht gestorben, so daß im ganzen zwei Tote zu beklagen sind.

Die hiesigen Zeitungen dürfen nicht erscheinen, weil der Generalkriegskommissar nicht erschienen ist. Der Aktionsausschuss hat den Gesamtstab als Weibel festgesetzt, um dadurch von der Regierung die Zurückziehung der Sipo zu erzwingen.

Bombenanschlag auf das Mannheimer Volkshaus

Mannheim, 4. Juli. Gestern Abend, kurz nach 10 Uhr, wurde das Mannheimer Volkshaus durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt. Schuhmacher und Schneider hielten dort gerade ihre Fachversammlungen ab. Im übrigen war das Gebäude, abgesehen von der Wirtsfamilie, menschenleer. Der Explosion ging ein fürchterlicher Schlag voraus. Die Innereien der Restaurationsräume konnten noch auf die Straße flüchten. Erste Verletzungen sind glücklicherweise nicht vorgekommen. Im Innern des Gebäudes steht es ungefähr so aus, wie in den beim Oppauer Unglück am schwersten betroffenen Häusern. Die drei Hofseiten des Volkshauses weisen keine einzige ganz gebliebene Fensterscheibe auf. Nur die Steinwände sind noch geblieben. — Die Täter sind noch nicht ermittelt, einige Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Bei dem Attentat, dem leicht viele Menschenleben hätten zum Opfer fallen können, handelt es sich offenbar um ein neues Werkstück des nationalstischen Mordgefühls. Diese Gesellschaft läßt sich durch die Entrichtung des deutschen Volkes nicht davon abhalten, ihr Mordhandwerk weiter zu betreiben. Das zeigt, wie notwendig ein energisches Eingreifen ist.

Das zweite Aufgebot

Die deutsche Arbeiterchaft demonstrierte gestern zum zweiten Male, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, die sie zum Schutze der Republik erhebt. Daß die Arbeiter, für die diese Demonstration infolge des entgehenden Arbeitsverdienstes auch ein finanzielles Opfer bedeutet, diesmal in noch unabherrschbareren Massen kamen, mag den Gegnern der Republik ein Zeichen dafür sein, wie ernst es der Arbeiterchaft mit der Erfüllung der erhobenen Forderungen ist. Und wie notwendig die Durchführung eines strengen Gesetzes zum Schutze der Republik ist, zeigt die Dreifigkeit, mit der Nationalisten und Monarchisten trotz allen republikanischen Kundgebungen der letzten Tage noch aufzutreten wagen. Das Attentat auf Maximilian Harden, dessen Täter der gleichen Sippe angehören, die auch die Rörder Rathenaus stellte, hat das erneut mit alarmierender Deutlichkeit gezeigt, und noch immer sehen diese Feinde der Republik ihre unterirdischen Wühlereien fort. In Dresden versuchten sie vor allem in den Reihen der Bankbeamten Anhänger zu werben. Gerade dort macht sich der Einfluß der in das Bankgewerbe eingetretenen ehemaligen Offiziere bemerkbar. Produktive Arbeit leisten nur wenige dieser Herren, um so mehr aber benutzen sie die Arbeitszeit, um für die bekannnten reaktionären Organisationen Reklame zu machen.

Noch wenige Tage vor der Ermordung Rathenaus war ein ehemaliger Aktivist unter den Bankbeamten für den Reichsbund Schwarz-Weiß-Rot, der seinen Sitz in Liegnitz hat und der das Ziel verfolgt, die Wiedereinführung der alten Reichsflaggen Schwarz-Weiß-Rot durch einen Volksentscheid herbeizuführen. Niemand wird sich von der Versicherung dieses Reichsbundes täuschen lassen, daß er keiner politischen Partei dienen will. Sein ganzes Wesen atmet Geist vom Geiste der deutschnationalen und deutsch-völkischen Monarchisten. Und in denselben Kreisen und von denselben Leuten wurde einige Tage nach der Ermordung Rathenaus schon wieder für den Reichsbund Schwarz-Weiß-Rot und Trugbünd geworben. Das sind Zeichen dafür, wie breit die antirepublikanische Propaganda noch immer auftritt, und es ist eine erneute Mahnung, die Forderungen der Arbeiterchaft, für die gestern wieder demonstriert wurde, schleunigst zum Gesetz zu erheben.

Die Kundgebungen in Dresden

In Dresden war der Aufmarsch der Massen gestern noch gewaltiger, als am Dienstag vorher. Der Beginn der

Kundgebung war um eine Stunde verschoben worden, um auch der Arbeiterchaft entfernter liegender Betriebe das rechtzeitige Eintreffen auf dem Altmarkt zu ermöglichen. Auch diesmal vermochte der Altmarkt die Zahl der Demonstranten nicht zu fassen. Bereits eine Stunde vor Beginn der Kundgebung war der Platz überfüllt.

Auch diesmal wieder stauten sich die heranströmenden Massen in den Seitenstraßen. Auf dem Theaterplatz hatten sich Laufende von Arbeitern aus den Neubädler Betrieben verammelt und hielten dort eine getrennte Kundgebung für die ab, die nicht mehr auf den Altmarkt gelangen konnten. Die brandende Masse, über der diesmal noch mehr schwarzrotgoldene und rote Fahnen und Spruchschilde ragten, bot einen gewaltigen Anblick dar. Die Arbeiterfänger sangen die Kampf- und Feiergefänge, darunter das mächtige Lied von Lord Joleson: Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt. Musikpfeifen spielten Arbeiterlieder, bis Trompetensignale den Beginn der Reden verkündeten. Von zehn rot trapierten Rednertribünen herab sprachen gleichzeitig die Genossen Bittel, Schurig und Grösch für die S. P. D., Menke, Schürmer und Wedel für die U. S. P., Ellroth für die R. P. D., Tempel und Langhork für den Gewerkschaftsbund und Geiser für die A. S. Sämtliche Redner forderten in ihren Ansprachen, deren Dauer auf nur zehn Minuten festgesetzt war, die schleunige Erfüllung der erhobenen Forderungen, über die dann abgestimmt wurde. 100 000 Hände erhoben sich und beteten mit dieser gewaltigen Seite den einmütigen Willen der Arbeiterchaft, nicht locker zu lassen, bis der Schutz der Republik vor ihren Feinden gesichert ist.

Die Forderungen der Arbeiterchaft

Die demonstrierenden Arbeiter Dresdens und ganz Deutschlands fordern vom Reichstag und von der Reichsregierung:

- Das Gesetz zum Schutze der Republik muß enthalten: Sofortiges Verbot und strengste Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift.
- Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organisationen irgendwie durchführen, belohnen oder begünstigen.
- Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.
- Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben.
- Sofortige Beseitigung aller monarchisti-